

Geschäftsverteilungsplan des Bundesverwaltungsgerichts für das Geschäftsjahr 1999

A. Geschäftsverteilung

I. Revisionssenate

a) Geschäftsverteilung

Es sind zugewiesen

dem 1. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

1. des Wirtschaftsverwaltungsrechts, soweit nicht einem anderen Senat zugewiesen,
2. des Rechts der freien Berufe und des Kammerrechts,
3. des Vereins- und Versammlungsrechts,
4. des Staatsangehörigkeitsrechts,
5. des Ausländerrechts, soweit nicht dem 9. R-Senat zugewiesen,
6. des Polizei- und Ordnungsrechts mit Ausnahme der mit den Rechtsgebieten anderer Senate zusammenhängenden ordnungsrechtlichen Streitigkeiten,
7. des Waffenrechts,
8. des Heimrechts, soweit nicht dem 4. R-Senat zugewiesen,
9. des Währungs- und Umstellungsrechts,
10. des Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung,
11. des Lebensmittelrechts und des Rechts der Ernährungswirtschaft,
12. des Jagd- und Fischereirechts;

dem 2. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

1. des Rechts des öffentlichen Dienstes einschließlich des Dienstrechts der Soldaten sowie des Rechts der Wehrpflichtigen und der Zivildienstpflichtigen, soweit nicht dem 6. oder 10. R-Senat zugewiesen,
2. des Wiedergutmachungsrechts;

dem 3. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

1. des Lastenausgleichsrechts einschließlich der Schadenfeststellungen,
2. des Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsrechts mit Ausnahme des Rechts der Vertriebenenenzuwendung (5. R-Senat Nr. 9) und der Klagen auf Feststellung der Entschädigungsberechtigung (7. R-Senat Nr. 3 und 8. R-Senat Nr. 4),
3. des Besatzungsschadenrechts,
4. des Währungsausgleichs- und Altsparerrechts,
5. des Flüchtlingshilfegesetzes,
6. des Reparationsschädengesetzes,
7. des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes,
8. des Sachleistungsrechts,
9. des Gesundheitsverwaltungsrechts einschließlich des Rechts der Heil- und Heilhilfsberufe und des Krankenhausfinanzierungsrechts (einschließlich Festsetzung von Pflegesätzen und der Aufbringung von Finanzierungsmitteln) sowie des Seuchenrechts,
10. des Rechts der Land- und Forstwirtschaft einschließlich Förderungsmaßnahmen sowie des Tierzucht- und Tierseuchenrechts,
11. des Tierschutz- und Pflanzenschutzrechts, soweit nicht das Schwergewicht bei Materien liegt, die einem anderen Senat zugewiesen sind,
12. des Rechts des Außenhandels und des Interzonenhandels,
13. des Rechts der Förderungsmaßnahmen zugunsten der gewerblichen Wirtschaft sowie der Gasölbetriebsbeihilfe,

14. des Rechts zur Bereinigung von SED-Unrecht,
15. des Treuhandgesetzes, des Kommunalvermögensgesetzes und des Vermögenszuordnungsgesetzes,
16. des Rechts der Verkehrswirtschaft und des Verkehrsrechts, ferner des Betriebs von Wasserstraßen sowie der Streitigkeiten über Straßen-Sondernutzungen aus dem Bereich des Straßen- und Wegerechts,
17. Sachen, die nicht einem anderen Senat zugewiesen sind;

dem 4. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

1. des Bau- und Bodenrechts einschließlich des Garagenrechts, ferner der Gewerbeordnung und der Heimmindestbauverordnung, soweit das Schwergewicht auf der Anwendung baurechtlicher Vorschriften liegt,
2. des Straßen- und Wegerechts mit Ausnahme von Streitigkeiten über Sondernutzungen,
3. des Rechts der Landbeschaffung für Aufgaben der Verteidigung,
4. des Kleingartenrechts,
5. des Bergrechts,
6. des Ordnungsrechts, soweit es mit den vorstehenden Rechtsgebieten zusammenhängt;

dem 5. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

1. des Fürsorgerechts einschließlich des Asylbewerberleistungsrechts und der Tbc-Hilfe für den öffentlichen Dienst,
2. der Kriegsofferfürsorge,
3. des Schwerbehindertenrechts,
4. des Mutterschutzrechts,
5. des Jugendhilfe- und Jugendschutzrechts, ausgenommen das Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften (6. R-Senat Nr. 7),
6. der Ausbildungs-, Graduierten- und Berufsbildungsförderung,
7. des Rechts der Förderung des Wohnungsbaues, des sonstigen Wohnungsrechts einschließlich des Wohngeldrechts sowie des Mietpreisrechts,
8. des Heimkehrer- und Kriegsgefangenenentschädigungsrechts,
9. des Rechts der Vertriebenen einschließlich des Rechts der Vertriebenenenzuwendung, der Sowjetzonenflüchtlinge und der politischen Häftlinge, soweit nicht dem 3. R-Senat zugewiesen;

dem 6. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

1. des Wehrpflichtrechts und des Zivildienstrechts, soweit es um die Heranziehung zum und die Entlassung aus dem Dienstverhältnis geht, einschließlich des Rechts der Unterhaltssicherung und des Arbeitsplatzschutzes,
2. des Rechts der Kriegsdienstverweigerung,
3. des Personalvertretungsrechts und des Richtervertretungsrechts,
4. des Schul- und Hochschulrechts,
5. des Prüfungsrechts, abgesehen von Laufbahnprüfungen für Beamte, aber einschließlich der ersten und zweiten jur. Staatsprüfung,
6. des Namensrechts,
7. des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften,
8. des Rundfunkrechts einschließlich des Rechts der Rundfunkanstalten, des Filmrechts einschließlich des Filmförderungsrechts und des Presserechts,

9. des Denkmalschutzrechts,
10. des Rechts der Wasser- und Bodenverbände, soweit nicht der 8. R-Senat zuständig ist,
11. des Naturschutzrechts und des Landschaftsschutzrechts,
12. des Postrechts;

dem 7. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

1. des Umweltschutzrechts, soweit nicht dem 3., 4., 6. oder 11. R-Senat zugewiesen, insbesondere des Abfallrechts, des Chemikalienrechts, des Gentechnikrechts, des Immissionschutzrechts und des Bodenschutzrechts,
2. des Wahlrechts und des Rechts der politischen Parteien,
3. des Rechts zur Regelung von Vermögensfragen (einschließlich der Rückenteignungssachen aus dem Beitrittsgebiet, die an einen vor dem Beitritt erfolgten Eigentumsverlust anknüpfen und der Klagen auf Feststellung der Entschädigungsberechtigung), insbesondere nach dem Vermögensgesetz und der Anmeldeverordnung
 - aus den Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen,
 - aus den Ländern Berlin und Brandenburg, soweit die Sachen bis zum 31. Dezember 1997 eingegangen sind,
 - aus den Ländern Sachsen-Anhalt und Thüringen, soweit die Sachen bis zum 31. Juli 1998 eingegangen sind,ferner nach dem Investitions- und Investitionsvorrangsgesetz sowie nach der Grundstücksverkehrsordnung, soweit die Sachen bis zum 31. Dezember 1997 eingegangen sind,
4. des Staatskirchenrechts,
5. des Ordnungsrechts, soweit es mit den vorstehenden Rechtsgebieten zusammenhängt;

dem 8. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

1. des Erschließungs-, des Erschließungsbeitrags-, des Baugebühren-, des Baufolgeabgabenrechts sowie des Rechts der Abwasserabgaben nach dem Abwasserabgabengesetz und nach wasserverbandsrechtlichen Vorschriften,
2. des Kommunalrechts, soweit nicht das Schwergewicht bei Materien liegt, die einem anderen Senat zugewiesen sind,
3. des sonstigen Abgabenrechts, soweit nicht ein Sachzusammenhang mit einem Rechtsgebiet besteht, das einem anderen Senat zugewiesen ist,
4. des Rechts zur Regelung von Vermögensfragen (einschließlich der Rückenteignungssachen aus dem Beitrittsgebiet, die an einen vor dem Beitritt erfolgten Eigentumsverlust anknüpfen und der Klagen auf Feststellung der Entschädigungsberechtigung), insbesondere nach dem Vermögensgesetz und der Anmeldeverordnung
 - aus den Ländern Berlin und Brandenburg —, soweit die Sachen nach dem 31. Dezember 1997 eingegangen sind,
 - aus den Ländern Sachsen-Anhalt und Thüringen, soweit die Sachen nach dem 31. Juli 1998 eingegangen sind,ferner nach dem Investitions- und Investitionsvorrangsgesetz sowie nach der Grundstücksverkehrsordnung, soweit die Sachen nach dem 31. Dezember 1997 eingegangen sind;

dem 9. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

des Asyl- und des Asylverfahrensrechts einschließlich der abschiebungsrechtlichen Entscheidungen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge,

dem 10. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

des Reisekosten-, Umzugskosten- und Trennungsgeldrechts;

dem 11. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

1. des Flurbereinigungsrechts und des Rechts des ländlichen Grundstücksverkehrs,
2. des Atomrechts,
3. des Rechts der Anlegung von Schienenwegen,
4. des Rechts des Baues von Wasserstraßen,
5. des Rechts der Anlegung und des Betriebes von Flugplätzen (§§ 6 ff. des Luftverkehrsgesetzes),
6. des Wasser- und Deichrechts.

b) Schlußbestimmungen

1. Gelangt eine Revisionssache erneut an das Bundesverwaltungsgericht, so entscheidet der jetzt sachlich zuständige Senat. Das gilt auch für Beschwerden und Wiederaufnahmeverfahren.
2. Für Streitsachen aus den Gebieten des Prozeß- und Vollstreckungsrechts ist der Senat zuständig, der nach dem Geschäftsverteilungsplan für die Entscheidung über das zugrundeliegende sachliche Rechtsgebiet zuständig ist.
3. Für die im Gesetz über das Bundesverfassungsgericht vorgesehene Äußerung ist der Senat zuständig, der nach der Geschäftsverteilung im Fall einer Revisionseinlegung zur Entscheidung über die Sache zuständig wäre.
4. Kommen für den in der Revisionsinstanz noch streitigen Teil eines Rechtsstreites entscheidend auch Fragen aus einem Rechtsgebiet in Betracht, für das nicht der Senat, bei dem die Sache anhängig ist und vor den sie nach dem Geschäftsverteilungsplan gehört, sondern ein anderer Senat zuständig ist, so kann, wenn dies aus besonderen Gründen zweckmäßig erscheint, die Sache an diesen Senat mit dessen Zustimmung abgegeben werden.

II. Disziplinarsenate

Es sind zugewiesen

dem 1. D-Senat

alle Beamtendisziplinarsachen mit Ausnahme der Wiederaufnahmeverfahren insoweit, als er in den früheren Verfahren eine Entscheidung — gleich welcher Art — getroffen hat,

dem 2. D-Senat

die Wiederaufnahmesachen insoweit, als der 1. D-Senat in den früheren Verfahren eine Entscheidung — gleich welcher Art — getroffen hat.

III. Wehrdienstsenate

1. Es sind zugewiesen

dem 1. WD-Senat

die Verfahren nach der Wehrbeschwerdeordnung,

dem 2. WD-Senat

die Verfahren nach der Wehrdisziplinarordnung.

2. In Wiederaufnahmeverfahren entscheidet

der 1. WD-Senat, wenn der 2. WD-Senat,

der 2. WD-Senat, wenn der 1. WD-Senat

in dem früheren Verfahren eine Entscheidung — gleich welcher Art — getroffen hat. Entscheidungen aus der Zeit vor Errichtung des 2. WD-Senats gelten als Entscheidungen des 1. WD-Senats.

IV. Großer Senat

(nachrichtlich)

Die Zuständigkeit des Großen Senats ergibt sich aus § 11 VwGO.

B. Besetzung

I. Revisionssenate

1. R-Senat

Vorsitzender Richter	Meyer
Richter (stellv. Vorsitzender)	Gielen (zugleich mit Verwaltungsaufgaben betraut)
Richter	Dr. Mallmann
Richter	Dr. Hahn
Richter	Groepper
Richter	Dr. Gerhardt (zugleich 11. R-Senat bis 30. Juni 1999)

2. R-Senat

Vizepräsidentin	Dr. Franke
Richter (stellv. Vorsitzender)	Dr. Silberkuhl (zugleich 2. D-Senat)
Richter	Dawin
Richter	Dr. Kugele
Richter	Dr. Bayer

3. R-Senat

Vorsitzender Richter	Prof. Dr. Driehaus
Richter (stellv. Vorsitzender)	van Schewick
Richter	Dr. Borgs-Maciejewski
Richter	Kimmel
Richter	Dr. Brunn

4. R-Senat

Vorsitzender Richter	Dr. Gaentzsch
Richter (stellv. Vorsitzender)	Prof. Dr. Dr. Berkemann
Richter	Hien
Richter	Dr. Lemmel
Richterin	Heeren
Richter	Halama
Richter	Dr. Rojahn

5. R-Senat

Vorsitzender Richter	Dr. Säcker
Richter (stellv. Vorsitzender)	Dr. Pietzner
Richter	Dr. Bender
Richter	Schmidt
Richter	Dr. Rothkegel
Richter	Dr. Franke

6. R-Senat

Vorsitzender Richter	Dr. Niehues (zugleich 2. D-Senat)
Richter (stellv. Vorsitzender)	Albers (zugleich 2. D-Senat)
Richter	Dr. Henkel
Richterin	Eckertz-Höfer
Richter	Büge

7. R-Senat

Präsident	Dr. Franßen
Richter (stellv. Vorsitzender)	Dr. Paetow
Richter	Dr. Bardenhewer
Richter	Kley
Richter	Herbert

8. R-Senat

Vorsitzender Richter	Dr. O. Müller
Richter (stellv. Vorsitzender)	Dr. Pagenkopf
Richter	Sailer
Richter	Krauß
Richter	Golze
Richter	Postier

9. R-Senat

Vorsitzender Richter	Seebass
Richter (stellv. Vorsitzender)	Hund
Richter	Richter
Richterin	Beck
Richter	Dr. Eichberger

10. R-Senat

Vorsitzender Richter	Bermel (zugleich 1. D-Senat)
Richter (stellv. Vorsitzender)	Gödel (zugleich 1. und 2. D-Senat und zeitweil. Mitglied der WD-Senate)
Richter	Czapski (zugleich 1. und 2. D-Senat und zeitweil. Mitglied der WD-Senate)
Richter	Mayer (zugleich 1. und 2. D-Senat)
Richter	Dr. H. Müller (zugleich 1. D-Senat)

11. R-Senat

Vorsitzender Richter	N. N.
Richter (stellv. Vorsitzender)	Dr. Storost
Richter	Kipp (ab 1. Juli 1999)
Richter	Vallendar
Richter	Prof. Dr. Rubel
Richter	Dr. Gerhard (bis 30. Juni 1999)

II. Disziplinarsenate

1. Richter

1. D-Senat

Vorsitzender Richter	Bermel (zugleich 10. R-Senat)
Richter (stellv. Vorsitzender)	Gödel (zugleich 10. R-Senat, 2. D-Senat und zeitweil. Mitglied der WD-Senate)
Richter	Czapski (zugleich 10. R-Senat, 2. D-Senat und zeitweil. Mitglied der WD-Senate)
Richter	Mayer (zugleich 10. R-Senat und 2. D-Senat)
Richter	Dr. H. Müller (zugleich 10. R-Senat)

2. D-Senat

Vorsitzender Richter	Dr. Niehues (zugleich 6. R-Senat)
Richter (stellv. Vorsitzender)	Dr. Silberkuhl (zugleich 2. R-Senat)
Richter	Albers (zugleich 6. R-Senat)
Richter	Gödel (zugleich 10. R-Senat, 1. D-Senat und zeitweil. Mitglied der WD-Senate)
Richter	Czapski (zugleich 10. R-Senat, 1. D-Senat und zeitweil. Mitglied der WD-Senate)
Richter	Mayer (zugleich 10. R-Senat und 1. D-Senat)

2. Ergänzungsrichter für den 1. D-Senat

Als Ergänzungsrichter werden die nicht am Verfahren beteiligten Richter des 1. D-Senats in der Reihenfolge des Dienstalters, beginnend mit dem Dienstjüngsten, hilfsweise die Richter des 2. D-Senats in der bezeichneten Reihenfolge herangezogen. Diese Regelung gilt auch, wenn im Laufe des Geschäftsjahres mehrmals ein Ergänzungsrichter benötigt wird.

3. Ehrenamtliche Richter

Die Beamtenbeisitzer der D-Senate werden von dem Vorsitzenden des 2. D-Senats und dem stellvertretenden Vorsitzenden des 1. D-Senats gemäß § 55 Abs. 3 BDO ausgelost. Sind diese Richter verhindert, die Auslosung vorzunehmen, regelt sich ihre Vertretung nach Abschn. C III Nr. 1 Buchstabe b) dieses Geschäftsverteilungsplanes sowie innerhalb des 1. und 2. D-Senats nach der vom Vorsitzenden gemäß § 21 g GVG getroffenen Regelung.

Die ausgelosten Beamtensitzgeber werden für den 1. und 2. D-Senat in getrennten Jahreslisten zusammengefaßt. Die D-Senate ziehen die in den Listen aufgeführten Beamtensitzgeber nach Maßgabe der §§ 49, 55 BDO heran.

III. Wehrdienstsenate

1. Richter

1. WD-Senat

Vorsitzender Richter	Dr. Maiwald
Richter (stellv. Vorsitzender)	Dr. Honnacker
Richterin	Dr. von Heimbürg

2. WD-Senat

Vorsitzender Richter	Dr. Vogelgesang
Richter (stellv. Vorsitzender)	Dr. Schwandt
Richter	Dr. Widmaier

2. Ehrenamtliche Richter

Die ehrenamtlichen Richter der Wehrdienstsenate werden nach Maßgabe der §§ 73, 68 WDO berufen.

IV. Großer Senat

Mitglied kraft Amtes:

Der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts als Vorsitzender

Vertreter:

Das dienstälteste Mitglied des Großen Senats

Bestellte Mitglieder gemäß § 11 Abs. 6 Satz 1 VwGO:

Senat	Mitglied	Vertreter
1. R	Richter Gielen	Richter Dr. Mallmann
2. R	Vizepräsidentin Dr. Franke	Richter Dr. Silberkuhl
3. R	Richter van Schewick	Richter Dr. Borgs-Maciejewski
4. R	Vorsitzender Richter Dr. Gaentzsch	Richter Prof. Dr. Dr. Berkemann
5. R	Richter Dr. Pietzner	Richter Dr. Bender
6. R	Vorsitzender Richter Dr. Niehues	Richter Albers
7. R		Richter Dr. Paetow
8. R	Vorsitzender Richter Dr. O. Müller	Richter Dr. Pagenkopf
9. R	Richter Hund	Richter Richter
10. R	Vorsitzender Richter Bermel	Richter Gödel
11. R	Richter Dr. Storost	Richter Vallendar

Bestellte Mitglieder gemäß § 11 Abs. 6 Satz 2 VwGO:

- | | | |
|-------|--------------------------------------|----------------------------|
| 1. D | Richter Gödel | Richter Czapski |
| 2. D | Richter Albers | Richter Dr. Silberkuhl |
| 1. WD | Richter Dr. Honnacker | Richterin Dr. von Heimbürg |
| 2. WD | Vorsitzender Richter Dr. Vogelgesang | Richter Dr. Schwandt |

V. Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes

1. Mitglieder kraft Amtes:

- Der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts,
- die Vorsitzenden der beteiligten Senate des Bundesverwaltungsgerichts.

Bei Verhinderung des Präsidenten tritt sein Vertreter im Großen Senat, bei Verhinderung des Vorsitzenden eines beteiligten Senats sein Vertreter im Vorsitz an seine Stelle.

2. Mitglieder durch Entsendung für die Geschäftsjahre 1999 und 2000:

Senat	Mitglied	1. Vertreter	2. Vertreter
	Richter	Richter	Richter
1. R	Gielen	Dr. Mallmann	Dr. Hahn
2. R	Dr. Silberkuhl	Dawin	Dr. Kugele
3. R	van Schewick	Dr. Borgs-Maciejewski	Kimniel
4. R	Prof. Dr. Dr. Berkemann	Hien	Dr. Lemmel
5. R	Dr. Pietzner	Dr. Bender	Schmidt
6. R	Albers	Dr. Henkel	Eckertz-Höfer
7. R	Dr. Paetow	Dr. Bardenhewer	Kley
8. R	Dr. Pagenkopf	Sailer	Krauß
9. R	Hund	Richter	Beck
10. R	Gödel	Czapski	Mayer
11. R	Dr. Storost	Vallendar	Prof. Dr. Rubel
1. D	Gödel	Czapski	Mayer
2. D	Dr. Silberkuhl	Albers	Gödel
1. WD	Dr. Honnacker	Dr. von Heimbürg	
2. WD	Dr. Schwandt	Dr. Widmaier	
Großer Senat	VRi Bermel	VRi Dr. Niehues	Prof. Dr. Dr. Berkemann

C. Zugehörigkeit zu mehreren Senaten und Vertretung

I. Zugehörigkeit zu mehreren Senaten

Die Tätigkeit im Gemeinsamen Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes geht der Tätigkeit am Bundesverwaltungsgericht, die Tätigkeit im Großen Senat jeder sonstigen Tätigkeit vor.

II. Vertretung der Vorsitzenden

Bei Verhinderung aller Mitglieder eines Senats ist Vorsitzender der dienstälteste nach III. berufene Richter.

III. Vertretung der Beisitzer

- Die beisitzenden Richter vertreten sich innerhalb der Senate gemäß der nach § 4 VwGO i. V. m. § 21 g GVG zu treffenden Anordnung.

Im übrigen vertreten, beginnend mit dem dienstjüngsten Beisitzer,

a) bei den Revisionsenaten

- sich gegenseitig die Beisitzer des 1. und 9. Senats, die Beisitzer des 2. und 6. Senats, die Beisitzer des 7. und 8. Senats, die Beisitzer des 10. und 11. Senats,

- die Beisitzer des 3. Senats die des 4. Senats, die Beisitzer des 4. Senats die des 5. Senats, die Beisitzer des 5. Senats die des 3. Senats;

- bei den Disziplinarsenaten die Beisitzer des 1. und 2. Senats sich gegenseitig, bei deren Verhinderung die Beisitzer des 2. R-Senats;

- bei den Wehrdienstsenaten die Beisitzer des 1. und 2. Senats sich gegenseitig.

- Die Vertretung der beisitzenden Richter von Senat zu Senat — bei den Disziplinar- und Wehrdienstsenaten jeweils längstens für eine Sitzungsperiode — beginnt am 1. Januar 1999 mit dem dienstjüngsten Beisitzer und setzt sich in der Reihenfolge des Dienstalters fort. Ist der hiernach berufene Vertreter verhindert, so tritt der nächste an seine Stelle. Der Verhinderte hat die Vertretung beim nächsten Vertretungsfall nicht nachzuholen.

Soweit über Nr. 1 Buchst. a und b hinaus in den Revisions- und Disziplinarsenaten eine Vertretung erforderlich wird, werden alle Richter von allen beisitzenden Richtern der Revisions- und Disziplinarsenate, beginnend mit dem dienstjüngsten und fortlaufend in der Reihenfolge des Dienstalters, vertreten.

- Für den Fall der Verhinderung der Mitglieder der Wehrdienstsenate und ihrer regelmäßigen Vertreter (§ 73 Abs. 2 Satz 4 WDO) werden die Richter Gödel und Czapski zu zeitweiligen Mitgliedern der Wehrdienstsenate bestellt. Sie vertreten die verhinderten Mitglieder der Wehrdienstsenate in

der angegebenen Reihenfolge nach der Folge der Verhinderungsfälle jeweils längstens für die Dauer einer Sitzungsperiode. Ist der hiernach berufene Vertreter verhindert, so tritt der nächste mit der Maßgabe an seine Stelle, daß der Verhinderte dessen nächsten Vertretungsfall übernimmt.

4. Wird eine Vertretung unter den Senaten erforderlich, so wird der Vertreter auf Anforderung des Vorsitzenden des eine Vertretung benötigenden Senats vom Vorsitzenden des vertretenden Senats nach Maßgabe des Geschäftsverteilungsplanes benannt.

Die Feststellung der richtigen Besetzung des aufnehmenden Senats bleibt durch diese Regelung unberührt.

IV. Vertretung im Großen Senat

Bei Verhinderung eines Mitglieds und seines bestellten Vertreters werden die Mitglieder des jeweiligen Senats nach der Reihenfolge ihres Dienstalters zur Vertretung herangezogen.